



Nr. 2

13. Januar 2022

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Jahrestagung: dbb fordert Investitionen und Innovation
[Silberbach: Mehr öffentlichen Dienst wagen!](#)

Silberbach-Interview „Rheinische Post“
[Digitalisierung der Verwaltung: Zu viel „Kleinklein“](#)

dbb frauen
[Frauen in Führungspositionen: Gleichstellung verlangt mehr als eine „Quote“](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen
[Kostendämpfungspauschale soll abgeschafft werden](#)

Sachsen-Anhalt
[Einmalzahlung auch für Versorgungsbereich gefordert](#)

Berlin
[Besoldung: Senat macht den Weg für Corona-Prämie frei](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)
[Forderungskatalog an Kultusministerkonferenz vorgestellt](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)
[Verwaltungsinformatik: Einstiegsamt erhält zukünftig Besoldungsgruppe A10](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Jahrestagung: dbb fordert Investitionen und Innovation **Silberbach: Mehr öffentlichen Dienst wagen!**

Ohne Investitionen und Innovation in den öffentlichen Dienst wird Deutschland existenzielle Zukunftsaufgaben nicht bewältigen, warnt der dbb.

„Digitalisierung, Klimaschutz auch durch ökologische Transformation der Wirtschaft, Bildung, sozialer Wandel, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Zuwanderung – ohne einen personell und technisch aufgabengerecht ausgestatteten, leistungsfähigen und motivierten öffentlichen Dienst werden diese Zukunftsaufgaben nicht zu bewältigen sein“, stellte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach zum Auftakt der dbb Jahrestagung am 10. Januar 2022 in Berlin klar.

Der öffentliche Dienst, personell auf Kante genährt und technisch oft im Vorgestern stecken geblieben, befinde sich seit Jahren „quasi im Dauer-Stresstest“. Die Beschäftigten warteten vergeblich auf spürbare Wertschätzung und die Erkenntnis von Arbeitgebern und Dienstherren, „dass es allerhöchste Zeit ist, nachhaltig in Personal zu investieren und es mit attraktiven Arbeitsbedingungen auch zum Bleiben zu motivieren“, kritisierte der dbb Chef. Zudem betonte er, dass es nicht an den Beschäftigten liege, wenn der Staat in vielen Belangen nicht mehr so funktioniere, wie die Bürgerinnen und Bürger es zu Recht erwarteten. „Wenn man es aus politischer Saumseligkeit und Begeisterung für schwarze Nullen über Jahre versäumt, die Behörden und Verwaltungen krisenfest aufzustellen, darf man sich im Katastrophenfall nicht verwundert den Schlaf aus den Augen reiben“, sagte Silberbach. Er warnte: „So darf es nicht weitergehen. Ein Staat, dem die Menschen immer weniger vertrauen und der ihnen nicht so dient, wie sie es von ihm erwarten – solch ein Staat hat umgekehrt auch immer weniger von den Menschen zu erwarten. Wenn mit dem öffentlichen Dienst der Kitt unseres Staatsgefüges bröckelt, wenn sich das System langsam aber sicher in seine Einzelteile zerlegt, dann kommen uns der gesellschaftliche Zusammenhalt, die Achtung von Recht und Gesetz, Solidarität und Respekt abhanden.“ Auch bei den Beschäftigten sei die Frustration groß über „Personalmangel, ständig mehr Aufgaben, uralte Technik und ein Wust an Bürokratie, der jede Innovation und Agilität im Keim erstickt.“

Der dbb Chef skizzierte einen klaren Fahrplan für eine nachhaltige Modernisierung des öffentlichen Dienstes und mahnte zur Eile: „Wir müs-

sen jetzt einfach ins Machen kommen“, forderte Silberbach. Neben einer aufgabengerechten Personalausstattung und attraktiven Arbeitsbedingungen gelte es, die Digitalisierung der Verwaltung endlich tatsächlich umzusetzen. „Aktuell fehlen uns im öffentlichen Dienst insgesamt mehr als 330.000 Beschäftigte für die Erledigung der Aufgaben. Damit nicht genug: Fast 1,3 Millionen Kolleginnen und Kollegen sind über 55 Jahre und werden in den kommenden Jahren ausscheiden. 1,3 Millionen. Wie Bund, Länder und Kommunen diesen Verlust an Know-how und Arbeitskraft kompensieren wollen, ist bis heute schleierhaft“, unterstrich Silberbach. Die ohnehin nur schleppend anlaufende Digitalisierung alleine werde das Problem nicht lösen. Ohne Menschen sei auch in Zukunft kein Staat zu machen, und die Politik solle endlich aufhören, „das Personal immer nur als Kostenfaktor mit zwei Ohren zu betrachten. Investitionen in den öffentlichen Dienst sind Investitionen in Stabilität, Konjunktur, Bildung, Sicherheit und Wohlstand.“

Der dbb Chef forderte zudem allgemein mehr Respekt und Wertschätzung für den öffentlichen Dienst. „Die Kolleginnen und Kollegen im Staatsdienst sind nicht Blitzableiter von Amts wegen für eine Politik, die in der Kritik steht. Das müssen die, die politische Verantwortung tragen, immer wieder unmissverständlich klar machen. Wer Menschen angreift, die unseren Staat und die Werte, für die er steht, repräsentieren und verteidigen, greift uns alle an. Deswegen erwarten wir von Politik und Gesellschaft mehr Schutz, mehr Respekt und mehr Rückhalt“, sagte Silberbach auch an die Adresse der neuen Bundesinnenministerin Nancy Faeser.

Die Ministerin kündigte in ihrer Antwortrede an, den öffentlichen Dienst stärken und seine Beschäftigten besser vor gewalttätigen Angriffen schützen zu wollen. Faeser, die seit Dezember erste Bundesministerin des Innern und für Heimat ist, betonte außerdem die zahlreichen Gemeinsamkeiten, die sie bei der künftigen Ausgestaltung des öffentlichen Dienstes mit den Positionen des dbb sieht. „Die Zusammenarbeit mit Ihnen liegt mir sehr am Herzen. Wir wollen unser Land moderner und digitaler ma-

chen. Das geht nur mit einem starken öffentlichen Dienst. Wir wollen Vorbild und Antreiber sein: für Vielfalt, Gleichstellung und gute Arbeitsbedingungen“, sagte Faeser in ihrem Statement. Die neue Ressortchefin würdigte zudem den Einsatz der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im bisherigen Verlauf der Corona-Krise: „In dieser Pandemie leistet der öffentliche Dienst herausragende Arbeit. Er hält unser Land am Laufen, jeden Tag. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wachsen tagtäglich über sich hinaus. Viele halten tagtäglich den Kopf hin – trotz Anfeindungen, trotz eigener Infektionsgefahren, trotz Sorgen um Kinder oder Ältere in der eigenen Familie, trotz des Frusts und der Erschöpfung, die wir alle erleben. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken!“

Die Bundesinnenministerin kündigte weiterhin an, dass die neue Regierung ein verlässlicher Partner für Tarifbeschäftigte, Beamtinnen und Beamte, Soldatinnen und Soldaten, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger sein werde. Grundsätzlich gehe es nicht immer darum, bei der monatlichen Gehaltshöhe jedes Rennen mit der Wirtschaft zu gewinnen. „Viel wichtiger ist, das Gesamtpaket aus Einkommen, sozialer Absicherung und attraktiven Arbeitsbedingungen zu sichern und herauszustellen. Der Schleifstein wäre dafür das völlig falsche Instrument“, betonte Faeser. Mit Blick auf die Zukunft des öffentlichen Dienstes gehe es ihr darum, konkret zu analysieren, was verbessert werden könne. „Wir wollen den Wettbewerb um die besten Köpfe gewinnen. Da gibt es viel zu tun: von den Arbeitsbedingungen über die Ausstattung bis hin zum Respekt. Wir sind uns einig, dass wir es nicht beim Applaus belassen dürfen“, stellte Faeser klar. Zwar sei die Bezahlung im öffentlichen Dienst längst nicht alles, „aber eine gute Bezahlung ist Ausdruck von Wertschätzung“. Mit Blick auf die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts aus dem letzten Jahr zur amtsangemessenen Alimentation versicherte die Bundesinnenministerin: „Wir werden für Besoldungs- und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger eine zielorientierte und sachgerechte Lösung finden und sicherstellen, dass der Bund auch künftig verfassungsgemäß alimentiert. Wenn das zusätzliche Geld kostet, dann muss es uns dies wert sein.“

Eine klare Ansage gab es von Nancy Faeser in Sachen Gewalt gegen Beschäftigte: „Die Täter müssen konsequent zur Verantwortung gezogen werden. Wir brauchen einen besseren

Schutz für Betroffene und wollen für eine wirkungsvolle Prävention sorgen.“ Die Bundesinnenministerin erneuerte auch ihre Warnung vor dem Rechtsextremismus, der „die größte Bedrohung für unsere Demokratie und für unsere offene und vielfältige Gesellschaft“ sei. „Diese Gefahr darf niemand mehr unterschätzen. Auch und erst recht nicht im öffentlichen Dienst.“ Wer nicht fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehe, habe in Behörden nichts zu suchen. Gemessen an der Gesamtzahl der öffentlich Beschäftigten rede man über sehr wenige Fälle, betonte Faeser, aber „jeder Extremismus-Fall ist einer zu viel. Verfassungsfeinde werden wir schneller aus dem öffentlichen Dienst entfernen als bisher“.

Für das Gelingen der Digitalisierung in Staat und Verwaltung will die Bundesinnenministerin, deren Haus weiterhin für die digitale Transformation zuständig ist, neue Kräfte freisetzen. Ein Digital-Check soll Gesetze darauf abklopfen, ob sie das Leben einfacher und digitaler machen. Die Digitalisierung müsse noch stärker in der Kultur der Verwaltung, in Aus- und Fortbildung verankert werden. Faeser betonte, dass ihr Ministerium mit der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG), dem Registermodernisierungsgesetz, der Digitalisierung des Personalausweises und der IT-Konsolidierung des Bundes große Reformvorhaben stemme, wobei die Föderale IT-Kooperation (FITKO) eine wichtige Rolle spiele und personell sowie finanziell gestärkt werde. „Aber bitte kein aufwändiger Umbau oder eine neue Behörde“, sagte Faeser mit Blick auf die Forderung des dbb, die FITKO zu einer vollwertigen Digitalisierungsagentur mit entsprechenden Umsetzungs- und Durchgriffsrechten auszubauen.

Bundesfinanzminister Christian Lindner bekräftigte in seinem anschließenden Impulsreferat ebenfalls, die Modernisierung des Staatswesens vorantreiben zu wollen. „Wachstum entsteht im Zentrum der Gesellschaft, durch privatwirtschaftliche Aktivität. Dafür sind gute und verlässliche Rahmenbedingungen unerlässlich, insbesondere auch ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst“, sagte Lindner. Das gesamte Kabinett und er als Finanzminister, so Lindner, würden sich daher für eine bessere Bezahlung, klare Aufstiegschancen, moderne Arbeitsbedingungen und gesellschaftliche Wertschätzung einsetzen.

Linder unterstrich in diesem Zusammenhang grundsätzlich, dass die Bundesregierung sich ausdrücklich zum Berufsbeamtentum als einer

tragenden Säule des öffentlichen Dienstes bekenne. Daher habe man auch innerhalb der Koalition vereinbart, die eigenständigen Systeme insbesondere bei der Krankheits- und Altersvorsorge der Beamtinnen und Beamten beizubehalten. „Alles andere würde der besonderen Bedeutung des Beamtentums nicht gerecht“, betonte der Bundesfinanzminister.

Bei der Modernisierung des öffentlichen Dienstes hob Linder die Digitalisierung und die Diversität heraus. „Arbeitsplätze sollen kein Museum sein“, stellte der Finanzminister klar und erklärte, dass mit Hilfe von bestehenden Kreditermächtigungen des Bunds in Höhe von 60 Milliarden Euro unter anderem aufgrund der Pandemie nicht erfolgte Investitionen in die technologische Transformation und Modernisierung des Staates vorgenommen werden sollen. Die geplante Reform der Ampel-Regierung für qualifizierte Einwanderung nach Deutschland stelle außerdem für den Staats-

dienst eine Chance zur besseren Nachwuchsgewinnung bei gleichzeitiger Stärkung der Vielfalt dar.

Allgemein warnte Lindner mit Blick auf den Staatshaushalt allerdings vor zu hohen Erwartungen bezüglich der geplanten Investitionen: „Am Ende kann nur das an Wohlstand verteilt werden, was zuvor erwirtschaftet worden ist.“ Da die Bundesregierung ab 2023 die Schuldenbremse wieder einhalten wolle, müssten von der Politik eindeutige Schwerpunkte gesetzt werden. Im Bereich des öffentlichen Dienstes nannte er als „prioritär“ Sicherheitsbehörden wie Polizei, Bundeswehr und Zoll sowie die Digitalisierung der Bildung.

Alle Informationen zur dbb Jahrestagung sowie insbesondere Berichte von den Podiumsdiskussionen zur Rolle des öffentlichen Dienstes bei der Migration, Digitalisierung und Klimaschutz gibt es unter www.dbb.de/jahrestagung.

Silberbach-Interview „Rheinische Post“ **Digitalisierung der Verwaltung: Zu viel „Kleinklein“**

Im Vorfeld der dbb Jahrestagung hat dbb Chef Ulrich Silberbach im Interview mit der „Rheinischen Post“ (Ausgabe vom 8.1.2022) eine konsequentere Modernisierung des öffentlichen Dienstes gefordert.

„Der Staat muss mehr Geld und Eifer in die Digitalisierung stecken“, sagte der dbb Bundesvorsitzende. „Mit dem Online-Zugangsgesetz sollen Bürger künftig 575 Leistungen online abrufen können. Eine gute Sache. Ich sehe aber nicht, dass das wie geplant bis Jahresende gelingt. Digitalisierung heißt ja mehr als ein PDF herunterladen zu können, das man dann von Hand ausfüllen muss.“ Beim diesem zentralen Zukunftsthema herrsche in Deutschland generell zu viel „Kleinklein“ und zu wenig Koordination. Silberbach: „Wir brauchen zentrale Zuständigkeiten statt eines IT-Stabs in jedem Ministerium. Die Fitko, die Föderale IT-Kommission, braucht eigenes Personal und eigene Finanzmittel, um die Digitalisierung zentral durchzusetzen.“

Mit Blick auf den besonderen Fachkräftemangel im IT-Bereich wies der dbb Chef das Argu-

ment zurück, dass die Bezahlstrukturen des öffentlichen Dienstes zu wenig Spielräume für die Personalgewinnung böten. Silberbach: „Die Tarifverträge sind flexibel. Bayern etwa zahlt IT-Experten eine monatliche Zusatzprämie von 1.000 Euro und bietet vergünstigten Wohnraum. Davon können andere Länder lernen.“ Dem Ansinnen, durch die Digitalisierung kurzfristig Personal in den Verwaltungen einzusparen, erteilte der dbb Bundesvorsitzende eine klare Absage: „Wenn Computer Routine-Aufgaben übernehmen, hat der Beamte mehr Zeit für anspruchsvolle Arbeit und Beratung. Beispiel: Wenn der Steuerbescheid automatisch erstellt wird, können mehr Beamte als Betriebsprüfer arbeiten und so die Steuergerechtigkeit erhöhen.“ Aktuell würden dem öffentlichen Dienst ohnehin bereits über 330.000 Leute fehlen.

dbb frauen

Frauen in Führungspositionen: Gleichstellung verlangt mehr als eine „Quote“

Milanie Kreuzt, Vorsitzende der dbb frauen, hat größere Anstrengungen gefordert, um mehr Frauen im öffentlichen Dienst in Führungspositionen zu bringen.

„Im öffentlichen Sektor sind mehr als die Hälfte aller Beschäftigten Frauen. Der Anteil an weiblichen Führungskräften liegt allerdings deutlich unter 50 Prozent. Das passt hinten und vorne nicht zusammen und widerspricht dem Gleichstellungsanspruch im öffentlichen Dienst“, machte Kreuzt am 12. Januar 2022 mit Blick auf aktuelle Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) deutlich. Danach ist im öffentlichen Dienst der Frauenanteil auf den beiden oberen Führungsebenen höher als in der Privatwirtschaft. Im Verhältnis zu ihrem Anteil an den Beschäftigten sind Frauen hier dennoch nicht besser vertreten.

Hoffnungsvoll blicken die dbb frauen auf das neue Führungspositionen-Gesetz, das erstmals auch Sanktionen bei Nichterreichung von Zielgrößen vorsieht. Noch sei es zu früh, um die langfristige Wirksamkeit der gesetzlichen Vorgaben vollumfänglich zu bewerten, so Kreuzt. Vielmehr müsse der Fokus jetzt auf die Beseitigung von bekannten Karrierehindernissen gelegt und die Leistungsbewertung diskriminierungsfrei ausgestaltet werden. „Gleichstellung verlangt mehr als die Einführung von

Quoten. Vor allem Frauen ergreifen Berufe im öffentlichen Dienst, weil sie hier einen sicheren und flexiblen Job vorfinden, der familienfreundliche Arbeitsbedingungen verspricht und zugleich sinnstiftend ist. Doch die Aufstiegsverfahren folgen einer anderen Logik: Befördert wird vorrangig, wer viel Zeit am Arbeitsplatz verbringt und über ausreichend Freizeit verfügt, um das eigene Karrierenetzwerk zu pflegen. Vor allem Müttern fehlt es jedoch genau an diesen wertvollen Zeitrressourcen“, betonte die dbb frauen Chefin.

Eine effektive Frauenförderung in der modernen öffentlichen Verwaltung müsse genau hier ansetzen. Arbeitsleistung und Führungskompetenz sollten ausschlaggebend für eine Beförderung sein. Kreuzt: „Die systematische Überprüfung der Leistungskriterien und deren geschlechtergerechte Neuauslegung muss bei der dienstlichen Beurteilung endlich in Angriff genommen werden. Nicht zuletzt auch deshalb, weil unsere Arbeitswelt sich aufgrund von Homeoffice und Digitalisierung stark verändert hat und dementsprechend auch andere Erwartungen an Führungskräfte stellt.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

Kostendämpfungspauschale soll abgeschafft werden

Laut DBB NRW beabsichtigt die Landesregierung zeitnah, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2020 zur allgemeinen Besoldung umzusetzen. In diesem Rahmen solle auch die Kostendämpfungspauschale vollständig abgeschafft werden.

Der DBB NRW zeigte sich erfreut, würde damit doch eine langjährige Forderung des Landesbundes erfüllt. Insbesondere in den letzten Wochen habe man wiederholt intensive Gespräche mit der Politik über die Abschaffung geführt. „Wir freuen uns, dass unsere konstruktiven Gespräche nun zu einem so erfolgreichen Ergebnis führen sollen“, sagte der Vorsitzende Roland Staude am 11. Januar 2022.

Die Kostendämpfungspauschale ist ein jährlicher Betrag, für den Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger bei Krankheitskosten selbst aufkommen müssen, weil er von der Beihilfezahlung abgezogen wird. Die Höhe richtet sich bisher unter anderem nach der Besoldungsgruppe.

Sachsen-Anhalt

Einmalzahlung auch für Versorgungsbereich gefordert

Die Landesregierung plant die Übertragung des Tarifiergebnisses vom Ende letzten Jahres für die Beschäftigten der Länder auf Besoldung und Versorgung und damit auch eine Einmalzahlung für die Beamtinnen und Beamten (1.300 Euro) sowie Anwärterinnen und Anwärter (650 Euro).

Der dbb sachsen-anhalt begrüßt das Vorhaben grundsätzlich. Kritisch wertete der Vorsitzende Wolfgang Ladebeck jedoch, dass eine entsprechende Zahlung nicht auf die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger übertragen werden soll: „Mit dem ‚Preisschild Corona-Prämie‘ werden plausibel die Pensionäre von der Sonderzahlung ausgenommen. Denn nach verbreiteter Ansicht können schließlich keine erhöhten Arbeitsbelastungen geltend gemacht werden.“ Eigentlich hätte die

Prämie aber eine andere Funktion, nämlich die einer Kostendämpfung für die Länder, die dafür zwischen Januar 2021 und Dezember 2022 keine prozentuale Einkommenserhöhung zahlen würden.

Der dbb sachsen-anhalt forderte daher am 10. Januar 2022 vom Gesetzgeber eine Sonderregelung, die mindestens eine anteilige Einmalzahlung für die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger zulasse.

Berlin

Besoldung: Senat macht den Weg für Corona-Prämie frei

Der dbb berlin hat den Gesetzentwurf der Regierungskoalition für die einmalige Corona-Sonderzahlung an die Beamtinnen und Beamten begrüßt.

Der Entwurf wird am 13. Januar 2022 in einer Dringlichkeitsdebatte im Plenum des Abgeordnetenhauses beraten, um den eilbedürftigen Teil der Übertragung des Tarifiergebnisses für die Landesbeschäftigten auf die Besoldung rechtzeitig auf den Weg zu bringen, weil die „Corona-Prämie“ nur bis 31. März 2022 steuerfrei gewährt werden kann.

Der Entwurf müsse allerdings noch um ein Äquivalent der Prämie für die Berliner Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nachgebessert werden, forderte der dbb berlin. „Wir gehen davon aus, dass nach dem Vorziehen der Corona-Prämie aus steuerrechtlichen Gründen auch die übrigen Komponenten des Tarifabschlusses zügig auf die Landesbeamtinnen und -beamten übertragen werden“, stellte dbb Landeschef Frank Becker klar.

Deutscher Philologenverband (DPhV)

Forderungskatalog an Kultusministerkonferenz vorgestellt

Am 13. Januar 2022 hat Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, offiziell den Vorsitz der Kultusministerkonferenz (KMK) übernommen. Der DPhV erinnerte in diesem Zusammenhang an die großen Herausforderungen im Jahr 2022.

„Wir wünschen Schleswig-Holsteins Kultusministerin viel Erfolg bei allen künftigen Vorhaben“, erklärt die DPhV Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing. „Es gibt auch in diesem Jahr große bildungspolitische Aufgaben, die auf die KMK und Präsidentin Karin Prien warten.“

Insbesondere müsse die Schulfinanzierung besser und gleichwertiger gestaltet werden. Der DPhV rate dringend dazu, einen Corona-Schulgipfel gemeinsam mit dem Städte- und Gemeindebund ins Leben zu rufen. „Wir müssen sichergehen, dass die Digitalisierung der Schulen, der Schulbau und auch die Corona-Schutzmaßnahmen an den Schulen nicht

durch mangelnde oder schleppende Finanzierung beeinträchtigt werden. Schulen müssen besser ausgestattet, guter und sicherer Präsenzunterricht gewährleistet werden. Die ‚äußere Schulfinanzierung‘ liegt bei den Schulträgern; die Städte und Kommunen sind finanziell jedoch unterschiedlich aufgestellt. Damit wird keine gleichwertige und chancengerechte Bildungsfinanzierung gewährleistet. Ein Corona-Schulgipfel zwischen Kultusministerkonferenz und dem Städte- und Gemeindebund wäre ein erster Schritt zur Analyse und damit Verbesserung der aktuell sozial ungleichen schulischen Ausstattung“, so Lin-Klitzing. Als ersten Schritt jedoch gleich eine Verfassungsänderung zu diskutieren, sei vorschnell. Die Kultusministerinnen und -minister selbst hätten in ihrer neuen Ländervereinbarung von 2021 die kommunale Schulträgerschaft festgeschrieben. „Nun sollte in 2022 nicht gleich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet werden“, erklärt die DPhV Chefin.

Ferne müssten die Standards für Quer- und Seiteneinsteiger 2022 fertiggestellt werden. Kaum ein Bundesland könne seine Unterrichtsversorgung noch ohne quer- und seiteneinsteigende Lehrkräfte gewährleisten. Die KMK

hatte sich den Abschluss der gemeinsamen Standards für 2023 vorgenommen. Das sei angesichts der angespannten Einstellungssituation zu spät. Lin-Klitzing: „Wir brauchen jetzt verbindliche Standards für die Lehrkräfte, die durch Quer- und Seiteneinstieg in die Schule kommen, nicht erst 2023.“

Nicht zuletzt müsse die Vergleichbarkeit des Abiturs auf hohem Niveau gesichert werden. Die DPhV Vorsitzende erinnerte an das „Politische Vorhaben Abitur“ und die damit verbundene Schaffung von mehr Vergleichbarkeit auf höherem Niveau. „Für ein niveauvolles Abitur mit breiter und vertiefter Wissenschaftspropädeutik fordern wir unter anderem, dass in allen Bundesländern nun neu 36 bis 40 Kurse statt wie bisher 32 bis 40 in die Gesamtqualifikation eingebracht werden. Wir erwarten auch, dass die Studierfähigkeit zumindest in den Fächern Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen besser gesichert wird und deshalb eine Unterpunktung sämtlicher (Grundkurs/Basis-) Kurse in diesen Fächern in der Gymnasialen Oberstufe ausgeschlossen wird“, führte Lin-Klitzing aus.

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

Verwaltungsinformatik: Einstiegsamt erhält zukünftig Besoldungsgruppe A10

Sowohl der Studienabschluss in Verwaltungsinformatik (VIT) als auch in der Fachrichtung Digital Administration and Cyber Security (DACs) werden als Befähigung für den gehobenen technischen Verwaltungsdienst anerkannt. Damit wird für Absolventinnen und Absolventen eine Übernahme in das Eingangsamt der Besoldungsgruppe A10 ermöglicht.

Der BDZ hatte bereits im November 2021 über die entsprechende Änderung der Bundeslaufbahnverordnung (BLV) berichtet. Alle künftigen VIT- und DACs-Absolventinnen und -Absolventen sollen im gesamten Ressort von der neuen Regelung profitieren.

Beim IT-Zentrum Bund (ITZBund) konnte bereits im Dialog zwischen der BDZ geführten Personalvertretung und der Leitung des Hauses eine entsprechende Regelung getroffen werden. Bei der Generalzolldirektion (GZD) und dem Bundeszentralamt für Steuern (BZSt)

sind vergleichbare Regelungen in der Abstimmung.

Der BDZ wies in diesem Zusammenhang am 13. Januar erneut darauf hin, dass es nun höchste Zeit für die Dienststellen sei, qualifiziertes Personal im IT-Bereich zu halten und Sorge dafür zu tragen, dass die Übernahme in die Besoldungsgruppe A10 ermöglicht wird. Die Umsetzung dieser attraktivitätssteigernden Maßnahme dulde aufgrund des zunehmenden Fachkräftemangels im IT-Bereich keinen weiteren Aufschub.

Namen und Nachrichten

Am 5. Januar 2022 hat der **dbb** für seine Mitglieder der komba Gewerkschaft die Verhandlungen in der aktuellen Einkommensrunde mit dataport vorläufig abgeschlossen. Diese dritte Verhandlungsrunde wurde nötig, nachdem ein zuvor gefundenes Ergebnis nicht die erforderliche Bestätigung durch den dataport Verwaltungsrat erhalten hatte. Auch das aktuelle Verhandlungsergebnis steht unter dem Vorbehalt, dass der Verwaltungsrat zustimmt. Die dbb Verhandlungskommission hat dem neuen Einigungspapier mit großer Mehrheit zugestimmt. Die wesentlichen Inhalte: Ab Januar 2022 dynamische monatliche Zulage, bis März 2022 steuer- und sozialabgabenfreie Einmalzahlung, ab Dezember 2022 monatliches Entgeltplus. Der dbb Verhandlungsführer Volker Geyer bewertete das Ergebnis als weiteren Meilenstein in der Tarifarbeit bei dataport: „Nach der eigenständigen Entgelttabelle, der attraktiven Eingruppierung und anderen Verbesserungen gegenüber dem Ländertarif ist die nunmehr gefundene Zulage eine weitere Aufwertung von dataport als Arbeit- und Ausbildungsgeber. Die ‚Zulage für alle‘ stärkt damit weiter die Attraktivität der Arbeit bei dataport.“

Die Beschäftigten der Rettungsdienst Landkreis Barnim GmbH haben sich entschieden, dem **dbb** (verhandelt für die komba

gewerkschaft) den Auftrag zu erteilen, ihre Arbeitsbedingungen tarifvertraglich neu zu regeln. Das Ziel sind faire und konkurrenzfähige Arbeitsbedingungen, die sich am öffentlichen Dienst orientieren. Der dbb vertritt dabei einen ganzheitlichen Ansatz, der sowohl Entgelt- als auch Manteltarifregelungen berücksichtigt. Dabei gilt es, die bestehenden Errungenschaften und bewährten Arbeitsabläufe zu bewahren, wo dies im Sinne der Beschäftigten ist. Im nächsten Schritt wird eine Tarifkommission gebildet, welche die Forderungen, Standpunkte und das Fachwissen der Belegschaft bündelt und in die Verhandlungen einbringt.

Die Ankündigung von Bundesinnenministerin Nancy Faeser auf der dbb Jahrestagung am 10. Januar 2022, die Gespräche über die Anpassung der Wochenarbeitszeit der Bundesbeamtinnen und -beamten wieder aufnehmen zu wollen, hat der Bundesvorsitzende der **Gewerkschaft Arbeit und Soziales (vbba)** Waldemar Dombrowski begrüßt. Die Abschaffung der ursprünglich als Konsolidierungsmaßnahme geplanten Erhöhung sei nach 15 Jahren längst überfällig. „Unsere letzte Initiative vom Frühjahr 2020 ist im Zuge der beginnenden Corona-Pandemie von der Politik nicht mehr verfolgt worden. Jetzt nehmen wir die Bundesinnenministerin beim Wort.“

Termine:

Auftakt SuE am 25. Februar